

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB/Anne Wegmüller, JA!): Jugendliche: Eine Generation unter Verdacht?

Jugendliche sind offen, integrativ und wir Erwachsene könnten viel von ihnen lernen, wenn wir nicht Gefangene unseres eigenen Ehrgeizes wären.

Jugendliche setzen sich in der Regel für eine integrative und gerechte Welt, für eine gerechte Verteilung von Gütern und Ressourcen, für mehr soziale Einrichtungen ein und versuchen mit ihren Mitteln Armut, Krieg und von uns Erwachsenen verursachten Missständen entgegen zu treten. So zeigt das Ergebnis des Forschungsprogramms des Nationalfonds 52 (Kindheit, Jugend und Generationenbeziehungen im gesellschaftlichen Wandel), dass die Kinder (zwischen 12- und 16-jährig) motiviert und bereit sind, in der Schule und der Gemeinde zu partizipieren. Gleichzeitig wird aber auch festgehalten, dass ihnen von Seite der Gemeinde und der Politik offenbar zu wenig Gelegenheit gegeben wird.

Der allergrösste Teil der Jugendlichen verhält sich friedlich und lehnt Gewalt ab. Nur ein sehr kleiner Teil ist in Gewaltereignisse verwickelt. Leider haben Politik und Medien einzelne solche Fälle zum Anlass genommen, eine ganze Generation unter Gewaltverdacht zu stellen. Die Politik der Erwachsenen hat das Thema „Jugendgewalt zur Krise hochgespielt, behauptet diese habe massiv zugenommen, obwohl sich dies empirisch nicht beweisen lässt, und die Zahlen dazu äusserst umstritten sind. Manche Erwachsene verlangen sogar demokratiepolitisch fragwürdige Strafmassnahmen für Jugendliche. Die Devise lautet „als wir jung waren, da gab's so was nicht“.

Vergessen wird dabei, dass wir den Jugendlichen, und damit auch unserer Zukunft, nicht gerecht werden. Wir haben vergessen, dass sich unsere Jugendlichen trotz ständig steigendem Leistungsdruck in unserer Gesellschaft gut behaupten und sich grossmehrheitlich auch sehr zivilisiert verhalten sowie gewaltfrei miteinander umgehen.

Dabei gilt es auch immer wieder zu erwähnen, dass Kinder und Jugendliche in unserer Stadt bedauerlicher Weise fast die Hälfte der Sozialhilfebezüglerinnen ausmachen. Umso verständlicher ist es, dass auch im Berner Stadtrat Defizit orientierte Vorstösse unter dem Titel „Jugendgewalt“ eingereicht werden und in vielen Voten Jugendliche in ihrer Abwesenheit – sie können sich ja nicht zu Wort melden – pauschal verurteilt werden.

Kinder und Jugendliche haben einen Sinn für Gerechtigkeit, der vielen Erwachsenen leider abhanden gekommen ist. Umso wichtiger ist ein Perspektivenwechsel in der Wahrnehmung und Darstellung der Jugendlichen. Dies kann nur geschehen, wenn wir die Jugendlichen selber zu Wort kommen lassen. Die Behörden sollen dies möglich machen.

Daher wird der Gemeinderat beauftragt:

1. In den Berner Schulen mit einem Projekt, möglicherweise unter der Federführung der Schulsozialarbeit, Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zum Thema Gewalt differenziert äussern zu können (z.B. Aufsätze, gestalterische Arbeiten, Theaterprojekte). Miteinbeziehen soll das Projekt auch, wie Jugendliche die diesbezügliche Wahrnehmung durch die Erwachsenen selbst erleben und was sie zur entsprechenden Darstellung in den Medien und in der Politik sagen.
2. Die Ergebnisse des Projektes in einer geeigneten Form (z.B. eine Ausstellung) der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Bern, 14. Februar 2008

Postulat Fraktion GB/JA! (Hasim Sancar, GB, Anne Wegmüller, JA!), Urs Frieden, Cristina Anliker-Mansour, Karin Gasser, Stéphanie Penher, Emine Sariaslan, Christine Michel, Natalie Imboden, Luzius Theiler

Antwort des Gemeinderats

Es trifft zu, dass Jugendgewalt verstärkt thematisiert und teilweise undifferenziert darüber berichtet wird, obschon Studien über Jugendgewalt rein bezüglich Anzahl der Fälle keine Zunahme feststellen. Allerdings gilt es zu beachten, dass die Art der Gewaltanwendung sich geändert hat und die Intensität in den vergangenen Jahren zum Teil stark zugenommen hat. Diese Tendenz wird ernst genommen und gibt auch in der Schule Anlass, sich intensiv mit Gewalt und Gewaltprävention in und ausserhalb der Schule auseinander zu setzen. Die Zahl von Strafanzeigen hat deutlich zugenommen, auch weil die Sensibilität der Öffentlichkeit für Gewaltaufkommen gestiegen ist und Betroffene sich wehren und direkter und schneller Anzeige erstatten.

Gewalt darf weder in der Schule noch in der Freizeit Raum haben. Dafür setzen sich in der Stadt Lehrpersonen, Schulsozialarbeitende und Jugendarbeitende ein. Gewalt kann verhindert werden, wenn hingeschaut wird. Es müssen Grenzen gesetzt und Regeln gemeinsam festgelegt werden, auf deren Einhaltung dann auch geachtet wird. Der Schule kommt dabei – neben den Eltern – eine Schlüsselrolle zu.

Die Schulen der Stadt Bern engagieren sich seit Jahren für die Vorbeugung von Gewalt. In ihren Leitbildern ist die Gewaltprävention verankert. Mit gezielten Projekten wehren sie der Gewalt und lassen der Diskussion Raum. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Wahrnehmung und den Gefühlen. „Peacemaker“ oder „Konfliktlotsen“ werden für ein gewaltfreies Klima eingesetzt, bessere Umgangsformen werden eingeübt, der Knigge kommt wieder zur Anwendung, es werden Konflikttrainings durchgeführt und Massnahmen gegen Mobbing ergriffen. So haben viele Schulen die „Berner Erklärung“ thematisiert und zum Beispiel die Sonnenhofschule ist auf dem Waisenhausplatz öffentlich dafür eingetreten. Die Schulen sind sich ihrer Verantwortung bewusst, nehmen sie wahr und beugen der Gewalt damit - im Sinn des Postulats - aktiv vor.

Die Stadt ist zudem in folgenden Bereichen aktiv:

- Die Gesundheitsförderung in den Schulen setzt sich intensiv mit Gewalt und Gewaltprävention auseinander. Grosse Wirkung haben Massnahmen zur Stärkung des Selbstbewusstseins der Schülerinnen und Schüler und das Herstellen eines lernförderlichen Klimas in der Schule, aber auch zuhause. Die Stadt Bern verfügt zudem über ein gutes Kursangebot im Bereich der Gewaltprävention. (Für Angebote im Schulbereich vgl. Webseite des Gesundheitsdiensts http://www.gsdsued.ch/1_0_Home.html).
- Die seit Jahren angebotenen Kulturvermittlungsprojekte in den Schulen (z.B. Theater- und Musikproduktionen, Tanzvorstellungen und bildende Kunst) fördern einerseits Selbst- und Sozialkompetenz, Respekt und Toleranz und damit die Integration von Schülerinnen und Schülern. Andererseits haben sie nachweislich ein hohes Gewaltpräventionspotenzial.

- Mit der institutionalisierten Schülerinnen- und Schülerpartizipation haben Kinder und Jugendliche nicht nur die Möglichkeit, die Schule mit zu gestalten, sondern auch eigene Themen festzulegen und zu diskutieren.
- Eine weitere Mitwirkungsplattform bietet das Kinderparlament.
- Mit der Jugendmotion können dem Stadtrat Anliegen direkt unterbreitet werden.
- Mit Generationen übergreifenden Projekten wird das gegenseitige Verständnis unter verschiedenen Generationen gefördert. Zudem zeigen erste Erkenntnisse aus dem Projekt „Seniorinnen und Senioren im Klassenzimmer“, dass die am Projekt beteiligten Seniorinnen und Senioren durch diese Zusammenarbeit mehr Verständnis für Kinder und Jugendliche gewinnen und dies auch weitergeben. Mit dem Multiplikatoreffekt entsteht dadurch bei der älteren ein positiveres Bild der jüngeren Generationen und umgekehrt.

Fazit

Zusammenfassend stellt der Gemeinderat fest, dass die Forderungen des Postulats - soweit an ihm - erfüllt sind. In allen Schulen der Stadt Bern wird Gewaltprävention thematisiert und der Auseinandersetzung damit in vielfältiger Art und Weise Raum gegeben. Kinder und Jugendliche haben in Bern viele zusätzliche, von Behörden geschaffene Möglichkeiten, im Sinn des Postulats zu Wort zu kommen. Unter diesen Voraussetzungen hat der Gemeinderat keinen Anlass, ein zusätzliches Projekt zu starten.

In Bezug auf die Veröffentlichung von Ergebnissen derartiger Projekte hält der Gemeinderat fest, dass es im Ermessen der Schulen liegt, wie sie ihre Arbeiten im Rahmen der zur Verfügung stehenden Zeit und Mittel präsentieren wollen oder können. In vielen Fällen - vor allem bei den Kulturvermittlungsprojekten - werden Vorstellungen und Ausstellungen von Schulen konzipiert und einem interessierten Publikum am Schulstandort oder im Schulkreis zugänglich gemacht. Zum Teil werden Projekte auf den Webseiten der Schulen präsentiert.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Die Kostenfolgen für die Durchführung des postulierten Projekts können erst beziffert werden, wenn eine Projektskizze mit einem dazu gehörenden Budget vorliegt.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.
2. Die Stellungnahme gilt gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 13. August 2008

Der Gemeinderat